

19.09.2007

## **Schriftliche Anfrage**

**von Susi Gut (PFZ)  
und Markus Schwyn (PFZ)**

Im Postulat 2007/449 baten wir den Stadtrat zu prüfen, wie durch regelmässigen Unterricht die Kinder im Kindergarten und in der Unterstufe präventiv vor Übergriffen oder Entführungen geschützt werden könnten. Der Unterricht sollte halbjährlich bereits ab dem Kindergarten erfolgen und durch die Polizei erteilt werden. Leider hat der Stadtrat dieses Postulat abgelehnt.

Im Umweltbericht 2007, auf der Seite 28, kann man nachlesen, dass im Auftrag des ERZ die Stiftung „Praktischer Umweltschutz Schweiz“ (PUSCH) Abfallunterricht erteilt. In den letzten drei Jahren konnten bei durchschnittlich 350 Schulbesuchen rund 7000 Schülerinnen und Schüler jährlich erreicht werden.

Einerseits erteilt man Unterricht über den Umgang mit Abfall, andererseits ist der Stadtrat gegen Unterricht im Umgang mit möglichen Übergriffen oder Entführungen.

In diesem Zusammenhang bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Aus welchen Gründen lehnt der Stadtrat das Postulat 2007/449 ab?
2. Warum wird in der Schule „Abfallunterricht“ durchgeführt, für die Prävention vor Übergriffen und Entführungen findet aber kein Unterricht statt?
3. Unter welchen Bedingungen wäre der Stadtrat bereit, den von uns geforderten Unterricht einzuführen?

